



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Der Reichskanzler und die Parteien.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Der Reichskanzler und die Parteien.



erständigen, unverblendeten Beobachtern der Bismarckschen Politik, die ihre Beobachtungen im Gedächtnis bewahren, sagen wir nichts neues, wenn wir im Hinblick auf das Kartell und gewisse Gelüste von Konservativen, eine andre Parteigruppierung zu stande zu bringen, behaupten, daß der Reichskanzler als solcher und schon als preussischer Minister niemals einer Partei angehört hat. „Der König war mein einziger Fraktionsgenosse — äußerte er 1881 —, und meine einzigen Ziele waren Verteidigung der monarchischen Gewalt gegen verfassungswidrigen Parlamentarismus und Herstellung, Kräftigung und Weiterausbildung des deutschen Reiches.“ Kein Mann der Partei, oder was bei uns ungefähr dasselbe bedeutet, kein Mann der Doktrin, suchte er sich die von der Verfassung vorgeschriebene Mehrheit in den Parlamenten, wo er sie im gegebenen Augenblicke zu finden hoffte. Indem er bemüht war, die großen Parteien so zu lenken, daß sie der Erreichung der soeben genannten Ziele möglichst dienten, machte er bald der einen, bald der andern Zugeständnisse, die verglichen mit den ihm am nächsten liegenden Zwecke geringe Bedeutung zu haben schienen, und die nach Erreichung dieses Zweckes umgestaltet werden konnten, sobald es die Umstände erforderten. Seine Hauptaufgabe war von 1870 an die Pflege der deutschen Einheit, die Befestigung des deutschen Reiches. Als er sich zu diesem Zwecke nach Unterstützung in der Volksvertretung umsah, fand er diese zwar auch in den Reihen der Konservativen, aber natürlich richteten sich seine Blicke mehr auf die nationalliberale Partei, die als die zahlreichere sich zur Gewinnung einer Mehrheit vor allem empfahl, und mit der er sich in seinen nationalen Zielen fast durchgehends einig wußte. Mit ihr galt es daher nach ihrer andern, der liberalen Seite hin sich möglichst zu verständigen, und indem dies geschah, kam

Grenzboten III. 1888.

es zu verschiedenen Vereinbarungen, die einen Teil der Konservativen, die Junker und die Hochkirchlichen, welche ihr Organ in der Kreuzzeitung haben, verstimmten und dem Kanzler zuletzt entfremdeten. Zuerst grollte, dann zürnte man dem „liberal gewordenen Ministerpräsidenten,“ und 1872 kam es über der Frage des Schulaufsichtsgesetzes zwischen ihm und jener Clique, die damals viel stärker als jetzt war, zu offenem Bruche. Die Herren näherten sich sogar dem reichsfeindlichen Centrum und machten mit ihm Front gegen den Minister, indem sie in dem Bedürfnisse gefinnungsvoller Opposition mit Windthorst die „Vindication des monarchischen Prinzips gegen parlamentarische Majoritätswirtschaft“ und die „Verteidigung des christlichen Charakters unsers Staates“ besorgen zu müssen erklärten. Bismarck hatte am 30. Januar in einer Rede gesagt: „Wie die Sachen augenblicklich liegen . . . bedürfen wir Minister einer Majorität, die unsre Richtung im ganzen unterstützt.“ Das sollte nach der Kreuzzeitung eine „unumwundene Anerkennung desjenigen Konstitutionalismus“ sein, den das Blatt und seine Partei „seit zwanzig Jahren bekämpft hätten, weil er in Preußen nicht verfassungsmäßig sei.“ Mit unbestreitbarem Rechte ließ der Kanzler darauf entgegnen: „Nicht verfassungsmäßig? Haben wir denn keine Volksvertretung? Ist ihre Zustimmung nicht erforderlich zur Giltigkeit der Gesetze, und wird diese Zustimmung nicht durch ihre Majorität erteilt? Da folgt doch mit unerbittlicher Konsequenz das Bedürfnis der Räte der Krone, sich eine Majorität für ihre Gesetze zu gewinnen, wenigstens insoweit, daß sie, wenn auch nicht jede Vorlage ihre Beistimmung findet, die Richtung der Minister im ganzen unterstützt. Der Mann, den die Kreuzzeitung mit überlegener Weisheit kritisiert, hat im Sturm und Drang bewegter Tage bewiesen, daß er das für notwendig erkannte keiner Majorität zu opfern gewillt ist. Aber derselbe Staatsmann sprach es auch aus, daß der Konflikt keine regelmäßige Einrichtung des Landes sein könne. Wo eine Volksvertretung besteht, und wo der Konflikt nicht ewig dauern soll, da werden Majoritäten zu gewinnen sein, und entziehen die Männer von der Rechten ihre Unterstützung, so erhebt sich die Frage, ob die Regierung, die das Staatsleben im Gange zu erhalten hat, weiter links noch Volksvertreter zu finden vermag, auf deren Unterstützung sie zählen kann.“ Diese sehr charakteristischen Worte gingen nur gegen die äußerste Rechte, die dunkelste Schattirung der Konservativen. Von den übrigen Mitgliedern der Partei wurde gerühmt: „Die konservative Partei hat ihren Anhalt in der Regierung gesucht und auch gefunden. Das nennt die Kreuzzeitung den Grund des Übels. Richtiger wäre, darin den Grund des Ansehens und der Geltung dieser Partei zu erblicken. Unter einer starken und aufstrebenden Regierung ist diese nach langen Jahren der Nichtachtung emporgekommen. Indem sie sich der von Sr. Majestät ergriffenen Politik mit Loyalität angeschlossen, hat sie nicht das Gelingen dieser Politik möglich gemacht, wohl aber sich, was nie zu vergessen ist, mit derselben identifiziert und sich dadurch die Berechtigung zu vollem Anteil an Ruhm und

Ehre erworben. Man kann nicht sagen, daß die Regierung einen parlamentarischen Sieg in den letztverfloffenen Jahren ihr allein zu danken hätte. Aber es ist der Partei zu statten gekommen, daß sie mit einer Regierung zu gehen beschloß, die fähig war, zu leisten, was die Partei zu vollbringen außer Stande war.“ Für die unheilbare Verblendung und den steifnackigen Dünkel der Kreuzzeitungspolitiker war diese auch später und noch heute gültige Wahrheit eine Predigt in den Wind. Man erinnert sich, wie sie zur Zeit der großen Verleumdungen in ihrem Blatte auf ähnliche Weise Sturm gegen den Kanzler läutete wie Joachim Geshens Reichsglocke, wo ebenfalls frondirende Junker den Strang zogen, man denkt an die Kundgebung der Deklaranten, die das billigte, man weiß, wie dieser Flügel der Konservativen sich wiederholt mit Windthorst's Schwarzen zur Bekämpfung Bismarck's und seiner das Reichswohl bezweckenden Politik verbündete, weil er ihnen nicht den Willen thun, d. h. keine Reaktion in Szene setzen wollte.

Beinahe ganz dasselbe, was hier vom rechten Flügel der Konservativen gesagt wurde, gilt vom linken der Nationalliberalen, der vor seinem Ausscheiden aus der Partei so häufig der leitende war, daß es zeitweilig von der gesamten Genossenschaft galt. Auch die Nationalliberalen haben sich bei der Neugestaltung der deutschen Verhältnisse unzweifelhafte Verdienste erworben, aber ebenfalls nur insofern, als sie sich der Politik des Reichskanzlers entschieden fügten. Sie mußten, wie gesagt, als der innere Ausbau des neuen Hauses begann, dem Baumeister nach den zunächst in Betracht kommenden Zügen ihres politischen Charakters als besonders geeignete Arbeiter erscheinen, und sollte das Werk rasch vollendet werden, so mußte er sie neben dem Teile der Konservativen, der seine Pläne und Bestrebungen begriff und zu fördern gewillt war, und im Einvernehmen mit ihm verwenden, sowie bei ihrer Arbeit festhalten und ihr Interesse daran verstärken. Sie verfolgten gleich ihm sein zweites Hauptziel, sie waren national und reichstreu gesinnt, aber zugleich in einem Grade liberal, der sich damit nicht immer und mit dem ersten seiner Hauptziele, der Wahrung des verfassungsmäßigen Rechtes des Monarchen, noch weniger vertragen wollte. Es befand sich ein starker Prozentsatz „gesinnungstüchtiger“ und insofobessen schwer belehrbarer Geister unter ihnen, die sich nur zögernd mit der Regierung zu gehen entschlossen, weil das wider den Komment und Katechismus der liberalen Partei verstieß, der es für mindestens unschicklich erachtete und Unversöhnlichkeit und Opposition unter allen Umständen für das dem Genossen derselben allein wohl zu Gesichte stehende Benehmen erklärte. Der Kanzler gewann sie durch Entgegenkommen, durch möglichst schonende Behandlung ihrer Vorurteile wirklich, einige ganz und für immer, andre bis zu einem gewissen Grade und nur vorübergehend. Er erwarb sich unter ihnen Freunde durch formelle Zugeständnisse an einige ihrer Lieblingsneigungen, die vorläufig als harmlos betrachtet werden konnten. Aber so sehr er sich ihnen, seines höhern nationalen

Zweckes eingedenk, gefällig erwies, an einem Punkte hörte dies auf: das Ansehen und die Befugnis, welche die Verfassung der Krone lieferte, ließ er nicht schmälern.

Der Liberalismus strebte nach einem Zustande, wie er in England, Frankreich und Belgien Herkommen war, und bei dem die Minister nur mit der Mehrheit der Volksvertretung regieren konnten und, wo ihnen diese fehlte, sofort zurückzutreten und einem Kabinet Platz zu machen hatten, das der Monarch oder Präsident aus der Mehrheit zu wählen verpflichtet war. Bis 1866 hatte Bismarck dieses Streben und die ihm zu grunde liegende Doktrin für unzulässig in Preußen, weil nicht in dessen Verfassung begründet, erklärt und 1863 zur Vermeidung von Konflikten auf die Politik der Kompromisse hingewiesen. Diese wurde damals abgelehnt. Jetzt, nach Gründung des Norddeutschen Bundes, vom Kanzler wieder aufgenommen und im deutschen Reiche fortgesetzt, hatte sie bessern Erfolg. Die Nationalliberalen gingen gleich andern Gemäßigten in den meisten Fällen auf sie ein. Ferner suchte der Kanzler den Aberglauben der Liberalen zu widerlegen und zu beseitigen, der einen Gegensatz zwischen Regierung und Volksvertretung als selbstverständlich und unter allen Umständen wirksam ansah und als oberste Pflicht der Volksvertretung wachsameres Mißtrauen in Betreff der Pläne und Vorschläge der Regierung betrachtete, die nächstwichtigste aber in dem Bestreben der Parlamente sah, die angeblich erfolgte Übervorteilung der Regierten durch die Regierenden jetzt, nachdem die nationalen Ziele in der Hauptsache erreicht worden, wettzumachen, die vermeintlichen Rechte des Volkes, Menschenrechte, Grundrechte u. dergl. allmählich zurückzuerobern und die Staatsbürger, die nummehr politische Bildung genug besäßen, um sich selbst zu regieren, von der „Bevormundung“ durch die Staatsbehörde zu befreien. Die Bemühungen Bismarcks, die Nationalliberalen von der Verkehrtheit dieser von 1848 her überlieferten Ansichten zu überzeugen, waren eine Zeit lang, wie es schien, nicht erfolglos, sodaß sich im großen und ganzen zwischen ihm und der bedeutendsten Fraktion der Liberalen ein recht befriedigendes Verhältnis ausbildete, bei dem diese mancherlei Zugeständnisse von der Regierung erlangten. So auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Interessen, in der Frage der Verwaltungsreform und bei dem Kampfe mit den Ultramontanen, so ferner bei der Justizreform und dem Militärorganisationsgesetze. Immer erreichte der Kanzler hier im wesentlichen seinen Zweck, indem er auf liberale Forderungen, die sich gewähren ließen, einging, also auf dem Wege von Vereinbarungen nach dem Grundsatz *do ut des*.

Bei der Raschheit, womit der innere Ausbau des deutschen Staates infolge dieses praktischen Verfahrens fortschritt, konnte es nicht fehlen, daß sich, als man Zeit zu genauerer Betrachtung fand, Mängel am Werke herausstellten, deren Beseitigung sich nicht aufschieben ließ. Ein Teil der Nationalliberalen erkannte dies an, ein anderer nicht. Alle fingen mehr oder minder an, sich

ihrer doktrinären Vergangenheit zu erinnern, alle meinten Rücksicht auf ihre Wähler nehmen zu müssen, von denen sie irrtümlich voraussetzten, daß sie der Mehrzahl nach die alten Glaubensartikel des Liberalismus für unumstößliche Regeln, für unantastbare Heiligtümer hielten. So wurde die Unterstützung des leitenden Staatsmannes durch die Partei schon zu Beginn des zweiten Jahrzehnts des deutschen Reiches fraglich und immer fraglicher. Allerdings führte man sie noch im Programm, aber die Fälle, wo man sie gewährte, wurden seltener. Man verfuhr zuerst zögernd, dann kühl, darauf abwehrend und zuletzt angreifend. Man ließ dem Kanzler in den besten Fällen nur widerwillig und notgedrungen seine Mitwirkung bei der Verschärfung des von der modischen Humanität stark beeinflussten Strafgesetzbuches, und die betreffende Novelle ging aus den Verhandlungen des Reichstages verwässert und verstümmelt hervor. Bei den Justizgesetzen machte man zwar in dritter Lesung erhebliche Zugeständnisse, aber vorher hatte man auch in dieser Angelegenheit mit Eifer seinen doktrinären Liberalismus kund gegeben und in verbrießlichster Weise gefeilscht, gemäkelt und abzuwaschen versucht. Die Partei, die vorher bereitwillig bei den Reformen mitgezogen und =geschoben hatte, schickte sich mehr und mehr an, ein Hemmschuh zu werden. Die Reichstagswahlen von 1877 zeigten ziemlich deutlich, daß die Führer derselben sich bei diesem Verhalten mit der erwähnten Rücksicht auf die Wählerschaften getäuscht hatten. Ein beträchtlicher Teil der Letztern war einverstanden mit der Politik des Kanzlers, und so kam es, daß eine nicht geringe Anzahl der bisherigen nationalliberalen Abgeordneten den Kummer erleben mußte, ihr Mandat nicht erneuert zu sehen, während die Fraktionen der Konservativen durch die Wahlen verstärkt wurden.

Ostern 1877 bat der Kanzler den Kaiser um seine Entlassung, worauf im Sinne der ungeheuern Mehrheit des deutschen Volkes, soweit es an politischen Dingen Interesse nimmt, mit dem bekannten „Niemals“ geantwortet wurde. Die Beweggründe zu dem Abschiedsgesuche waren hauptsächlich in Hofkreisen zu suchen. Aber auch Verstimmung und Verdruß über die zunehmende Opposition der stärksten Gruppe der Liberalen, die sich namentlich im Hinblick auf die Feindschaft der Klerikalen und ihrer partikularistischen Bundesgenossen gegen das Reich als Reichstreue ganz entschieden und unzweideutig auf die Seite von dessen Schöpfer hätte stellen sollen, aber statt dessen, um den Glanz liberaler Gesinnungstüchtigkeit hell zu bewahren, dem Kanzler jetzt fast niemals ihren Beistand unverkürzt zu teil werden ließen, spielten dabei eine Rolle. Die Herren vom linken Flügel der Nationalliberalen fühlten sich mehr zu Kritikern als zu Mitarbeitern des Kanzlers berufen, und sie hatten sich allmählich ganz zu ihrer vermeintlichen Hauptaufgabe, Wächter der angeblich von ihm bedrohten Rechte und Freiheiten des Volkes zu sein, zurückgewöhnt, sodaß sie häufig von der fortschrittlichen Demokratie kaum noch zu unterscheiden waren. Sie führten aber bei ihrer Rührigkeit und den nicht zu leugnenden

Talenten ihrer Leiter in der Partei vorwiegend das Wort und gaben ihr vielfach die Farbe.

Inzwischen waren die Pläne des Kanzlers zur Umgestaltung der wirtschaftlichen Einrichtungen des Reiches gereift, Pläne, die auf Vermehrung der Einnahmen des letzteren aus den Zöllen und den indirekten Steuern, auf Unterstützung der Industrie und der Landwirtschaft in ihrem Kampfe mit dem übermächtigen Wettbewerbern des Auslandes und auf Erleichterung der mit indirekten Abgaben schwer belasteten Mittelklasse, sowie der mit Ausgaben für Schulen und Arme überbürdeten Gemeinden hinausliefen. Zu diesem Zwecke suchte Bismarck den Beistand der Nationalliberalen. Im Herbst 1877 verhandelte er deshalb mit Bennigsen. Dieser konnte oder wollte sich mit Rücksicht auf jenen linken Flügel nicht allein entscheiden und nahm die Vorschläge Bismarcks einfach entgegen, um sich darüber mit andern Führern der Partei zu besprechen. Dies geschah, und einige Tage nachher wurde von der Presse der Nationalliberalen die Parole „Konstitutionelle Garantien“ ausgegeben. Man dachte an ein großes Handelsgeschäft, zu dem offenbar Lascker geraten hatte, der schon 1873 mit der Bemerkung, daß man endlich auch „Volksrechte“ verlangen und gewähren müsse, mit der Forderung eines Pressegesetzes nach seinem Geschmac hervorgetreten, aber von Bismarck abschlägig beschieden worden war. Jetzt, wo man sich für notwendig und unumgänglich hielt, war, wie Lascker und Genossen rechneten, der Augenblick gekommen, diese günstige Lage kaufmännisch auszunutzen und der Regierung alles abzubrücken, was man begehrte. Über die „konstitutionellen Garantien“ herrschte in der Partei freilich keine Übereinstimmung; aber schon daß man solche Bürgschaften in Anspruch nahm, war der deutlichste Ausdruck des in der Partei nie ganz geschwundenen Gefühls, daß sie in dem Kanzler nicht sowohl einen Freund und leitenden Mitarbeiter, als einen Gegner vor sich habe, dem man sich nur mit Mißtrauen und größter Vorsicht weiter nähern dürfe, und dessen Gesetzesvorschläge man mit allerlei Kautelen spicken müsse, wenn sie ungefährlich sein sollten. Bismarck lehnte das Verlangen der Nationalliberalen, das auf Einrichtungen ähnlich den englischen mit ihrer Parteiregierung hinauslief, als unerfüllbar ab, und nun verwandelten sich die zuletzt nur noch halben und lauen politischen Freunde in eine Partei, die fast in allen Fragen, welche den Reichstag und das Abgeordnetenhaus des Landtages beschäftigten, mit der Opposition stimmte und dem Kanzler häufig die natürlichsten Dinge abschlug. Das Ausschneiden des linken Flügels aus dem Fraktionsverbande änderte daran zunächst nicht viel. Die ganze Partei war mehr oder weniger in die alte Politik der Liberalen zurückverfallen, und sie hatte sich damit von ihm, nicht er sich von ihr getrennt. Ihre Blätter feindeten ihn in gleich gehässigem Tone an, wie die der Fortschrittsleute. Ihre Vertreter am Dönhofsplatze verwarfen beinahe alles, was die Regierung vorschlug oder verlangte, und die in der Leipziger Straße thaten

desgleichen, indem sie sogar das hochnotwendige Sozialistengesetz zurückwiesen und ihm erst dann zustimmten, als zwei Mordversuche aus den Reihen der Umsturzpartei das geheiligte Haupt des Kaisers, der für die Verwirklichung des nationalen Ideals seine Krone gewagt hatte, bedroht und die Nation in eine Stimmung versetzt hatten, welche die Mandate der Doktrinäre, die hier aus „Prinzipientreue“ keine Abhilfe zustande kommen lassen wollten, für die Zukunft unsicher erscheinen ließ. Die Herren wollten dadurch, daß sie dem Kanzler Hindernisse in den Weg legten, in erster Linie zeigen, daß sie eine Macht seien, die schaden und hemmen könne, und die man bei jeder neuen Frage durch Zugeständnisse willig stimmen müsse. Sie schadenen sich aber damit nur selbst. Abgelöst von Bismarck, galten und vermochten sie wenig, wurden sie eine Partei zweiten Ranges, auch an Zahl. Der Kanzler aber empfand, seitdem diese Politik der Nationalliberalen sich deutlich und beharrlich äußerte, nur stärker als früher, daß sie unzuverlässige Freunde waren; im übrigen setzte er mit Hilfe anderer wesentliche Punkte seines reformatorischen Programms durch, nicht so viel, als er mit dem Beistande der Nationalliberalen aller Schattirungen durchgesetzt haben würde, aber immerhin bis auf weiteres genug.

Sene ändern waren die Konservativen und das Zentrum. Deshalb konnte man aber eben so wenig nun sagen, der Kanzler sei reaktionär, junkerlich und hochkirchlich geworden, als er sei unter die Klerikalen gegangen. Sene beiden Parteien zeigten sich bereit, ihm gewisse Absichten verwirklichen zu helfen, und er nahm dies an. Den gemäßigten und reichstreuen Liberalen stand es frei, sich ihm von neuem zu nähern und wieder mit ihm durch Kompromisse auch in Sachen ihrer liberalen Anliegen weiter zu kommen. „Ich habe — so sagte er in den Tagen, wo er mit der wirtschaftlichen Reform begann — positive praktische Ziele, nach denen ich strebe, und zu denen mir mitunter die Linke, mitunter die Rechte geholfen hat, nach meinem Wunsche aber beide gemeinschaftlich helfen sollten. Wer diese Ziele mit mir erstrebt, ob man sie sofort erringt oder erst nach jahrelanger gemeinschaftlicher Arbeit ihnen näher kommt und sie schließlich erreicht, darauf kommt es so sehr nicht an. Ich gehe mit jedem, der mit dem geht, was nach meiner Überzeugung das Interesse des Staates und des Landes ist. Die Fraktion, der er angehört, ist mir gleichgiltig.“

In der letzten Zeit haben sich die Nationalliberalen, durch Erfahrung belehrt, dem Kanzler wieder genähert, die große Mehrheit der Konservativen steht ihm gleichfalls nicht mehr fern und im wesentlichen zur Verfügung. Beide Parteien aber haben sich gesagt sein lassen, wenn er einst den Wunsch äußerte, die Rechte wie die Linke möchten ihm bei seinem Streben nach positiven praktischen Zielen gemeinschaftlich helfen. Sie haben ein Kompromiß, das Kartell, geschlossen. Die Regierung muß wünschen, daß es bestehen bleibe, da sie einer Mehrheit bedarf, und diese sich auf der Grundlage der konservativen Partei allein nicht herstellen läßt, sondern nur zu erreichen ist entweder

durch Verbindung der Konservativen mit dem Zentrum oder durch Einigung derselben mit den Nationalliberalen und den Freikonservativen. Mit der Partei Windthorst's zu gehen ist selbstverständlich für die Regierung ein Ding der Unmöglichkeit, sie kann sich auf keine Mehrheit stützen, deren Bestand vom Belieben dieses unverbesserlichen Reichsfeindes abhängt, mit dem sie also fortwährend zu paktiren hätte. Sie kann nur eine aus Nationalliberalen und Konservativen zusammengesetzte Mehrheit brauchen. Sie muß infolge dieser Lage der Dinge nicht nur sich selbst der Bekämpfung einer der drei nationalen Parteien enthalten, sondern auch bemüht sein, zu verhüten, daß diese sich unter einander befehden, und nach Möglichkeit dahin wirken, daß sie einig bleiben, ihren Besitzstand in den Wahlkreisen unter einander schonen und bei Stichwahlen für einander stimmen. Die Regierung ist nicht imstande, zwischen den Fraktionen, deren Unterstützung sie zu verfassungsmäßigem Regieren bedarf, eine Auswahl zu treffen. Das Zusammenhalten der nationalen Parteien ist für sie eine unbedingte Notwendigkeit. Ohne dieses bliebe ihr nur übrig, entweder in dauernder Minderheit zu operiren oder sich Herrn Windthorst und seiner Anhängerschaft auf gut Glück in die Arme zu werfen, Elementen, die aus dem Polentum, dem Welfenlager und den Reihen des Freisinns sich zusammengesunden haben. Diese Umstände bringen die Politik des Kanzlers in eine Art Zwangslage, auf welche die Fraktionen, die das Interesse des Staates über das der Parteien stellen, überall und dauernd Rücksicht nehmen sollten.



## Gefahren in der Geschichtswissenschaft.

Von J. von Pflugk-Harttung.



Stolz darf der Deutsche auf die Ergebnisse seiner Geschichtschreibung blicken. Ihm gehören die größten historischen Genies der neuesten Zeit an, er schuf die Weltgeschichte und wurde Hauptvertreter der Spezialforschung, er eröffnete die systematische Durchforschung der Archive, wurde Wiedererwecker der Urkundenlehre, zuverlässigster und umsichtigster Textherausgeber, von ihm ging die Rechtswissenschaft aus und die Begründung der modernen historischen Kritik, die der ganzen Wissenschaft und vielen Anverwandten ihre Grundfarbe verlieh. Kurz, der Deutsche darf sich als vornehmster Träger der heutigen Geschichtskunde ansehen.